

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, den 27. Juli 1929

Verlagsort: Dresden

Ausgabenpreise: Die halbtägliche Zeitung 30 Pf. Familienausgabe 1.20 M. Die Viertheitszeitung 90 Pf. monatlich 1. M. Für Auslagen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 Pf. die Viertheitszeitung 1.30 M. Belegpreis 30 Pf. Ein halber Gewinn entricht jede Verpflichtung auf Lieferung und Verzehrung d. Angelegten Aufschluss u. Schildung Schadensersatz Geschäftlicher Teil: Verlag Bern, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, R.-A.
der Verlag und Druckerei, Städte Dresden, Dresden-M.L.
Poststraße 17, Raum 2102. Postleitzettel Dresden
9000. Bankamt Stadtamt Dresden Nr. 6111.

Nebauktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mittstadt 1. Vollerstraße 12. Raum 2011
und 2102.

Konferenz im Haag

Einigung zwischen Frankreich und England — Beginn am 6. August

Poincaré bleibt fern

London, 26. Juli.

Poincaré meldet dem „Daily Telegraph“ aus Paris, es verläute nach der Amtskonferenz von gestern vorzeitig, daß die Wiederherstellung Poincarés möglichst baldigste Zeit erfordern werde. Die Amtsräte wollten eine endgültige Ansicht erst nach Verlauf von drei Tagen aussprechen. Aber der Rücktritt Poincarés müsse als eine Möglichkeit angesehen werden. Alles deute darauf hin, daß Poincaré nicht in der Lage sein werde, persönlich an der kommenden Reparationskonferenz teilzunehmen. Briand werde in diesem Falle die französische Delegation führen.

Zu der Meldung heißt es weiter: Was den Tagungsort der Konferenz betrifft, so wird heute in Brüssel die Entscheidung getroffen werden. Die französische Regierung hat dem Haag zugestimmt. Es ist jedoch jetzt Sache des britischen Botschafters in Brüssel, die Zustimmung der belgischen Regierung zu erhalten. — Aus Brüssel meldet „Daily Telegraph“ zu den dringenden Vorstellungen der Reichsämtler Bischöflichens und Frankreichs gegenüber der belgischen Regierung, in politischen

Kreisen werde allgemein gesagt, daß die belgische Regierung den Wünschen ihrer Nachbarn nachkommen werde. Es dürfe jetzt als wahrscheinlich gelten, daß die Konferenz am 6. August im Haag beginnen werde.

Paris, 26. Juli.

Wie „L'Avant“ berichtet, soll in politischen Kreisen das Geschehen im Umkreis genauso sein, daß der Gesundheitszustand Poincarés gestern weniger zufriedenstellend gewesen sei, als die erste Untersuchung der Amtsräte es hätte hoffen lassen; man habe sogar behauptet, daß nach der Untersuchung die Möglichkeit eines schwergewichtigen Eingriffes ins Auge gesehen worden sei. Entgegen diesen Gedanken heißt es dem Havasbericht folgende in unterrichteten Kreisen, daß erstmals am nächsten Dienstag eine Diagnose der Erkrankung des Ministerpräsidenten erhellt werden könne, da die vorgezogene Untersuchung des Staats in Folge der Abwesenheit eines der behandelnden Arztes hinausgeschoben werden mußte. Wie „Echo de Paris“ mitteilt, werden außer dem Haushalt die beiden Professoren Gosset und Marion, dieser ein Nierenpezialist, an der Konsultation teilnehmen. Sie soll erfolgen, um festzustellen, ob Poincaré an der Regierungskonferenz im Haag teilnehmen kann.

Die Verhandlungen in Charbin

China gibt nach

London, 26. Juli.

Daily Telegraph meldet aus Mukden vom Mittwoch, daß in Tschangtschun, dem südlichen Endpunkt der chinesischen Ostbahn, Besprechungen zwischen den Bevollmächtigten der Russischen Regierung, General Tschangtschlang und dem russischen Generalkonsul in Charbin, Melnikoff, begonnen hätten. Es verlautet, daß Chinas Haltung die sei, daß General Lu durch die Ausweisung der hauptsächlichen russischen Beamten seine Besiegeln übergeschriften hat und daß China den Grundsatz der gemeinsamen Kontrolle der Bahn anerkennt. Dies eröffne den Weg für Verhandlungen. Es werde berichtet, daß der russische Bevollmächtigte einen Sichtvermerk erhalten hat und sich auf dem Wege nach Charbin befindet, wo er mit dem chinesischen Gesandten in Peking zusammenentreffen wird, der der Abgesandte der Nanjingregierung ist. Es werde angenommen, daß der Weg für eine friedliche Regelung des Konfliktes eröffnet ist. — Reuter meldet dagegen aus Tokio: Einem Telegramm aus Charbin zufolge sind der russische Generalkonsul Melnikoff, der russische Botschafter im Vorstand der chinesischen Ostbahn, Chirkin, und 31 andere Russen am Donnerstag nachmittag nach der Grenzstation Mandschukuo abgesfahren, um sich nach Sibirien zu begeben.

strenges Stillschweigen bewahrt, das erst gelöst werden dürfte, wenn die von den genannten Grobmächtigen erbetenen Antworten auf die Vorschläge der amerikanischen Regierung zur Beilegung des russisch-chinesischen Konfliktes eingetroffen sind.

Die große Papstprozession

Rom, 26. Juli.

Wie angekündigt, fand gestern abend die feierliche Papstprozession vor dem Petersdom statt. Die Prozession verließ um 6 Uhr den Vatikan und zog durch die Kolonnaden des Petersplatzes. An dem Zug nahmen etwa 80 000 Personen teil, darunter viele Bischöfe, Erzbischöfe, Patriarchen und Kardinäle, sowie 5000 Seminaristen aller Nationalitäten. Der Papst, der das Allerheiligste in Händen hielt, wurde inmitten seines Hofstaates und umringt von den Schweizer Gardisten unter einem Baldachin in einem Tragstuhl um 7.30 Uhr aus dem Vatikan getragen. Eine Abteilung polnischer Garde eröffnete und schloß den Zug. Ehrenkompanien italienischer Infanterie erwiesen der Prozession Ehrenbezeugungen.

Eine riesige Menschenmenge jubelte dem Papst, während er vorüberzogen wurde, z. n. Alle Fenster der Häuser am Ruhme-Platz waren dicht von Schaulustigen besetzt, ebenso die Fenster und Logen des päpstlichen Palastes. Auch das diplomatische Corps wohnte von seiner Loggia aus der Feierlichkeit bei. Als der Papst bei dem vor der Petersbasilika errichteten Altar angelangt war, verließ er seinen Tragstuhl und kniete inmitten der Kardinäle nieder. Sobald erzte er den eucharistischen Segen. Gegen 8.30 Uhr begab sich der Papst unter den Jubelrufen der Menge in den Baldachin zurück. Die Front der Petersbasilika war illuminiert. Die Glocken aller Kirchen Roms läuteten, solange die Prozession wähnte.

Bei dieser Papstprozession hat zum ersten Male seit 1870 ein Papst den Bezirk des Vatikans verlassen. Allerdings ist der Papst bei dieser Prozession aus dem Boden des neuen Kirchenstaates, der „Città Vaticana“ geblieben, zu der der Petersplatz gehört.

Unbekannte Gespräche Bismarcks. — Über die parlamentarischen Bierabende im Hause Bismarcks ist von Anfang an viel geschrieben worden, doch sind unbedingt zuverlässige, auf unmittelbaren Niederschriften des dort Gehörten beruhende Mitteilungen fehlen. Solche Aufzeichnungen hat sich Dr. Eduard Brodhäus, der von 1871 bis 78 dem Reichstag angehört und an einer dreißig der Bierabende teilgenommen hat, gemacht, hat aber bei Lebzeiten nur wenige Berichte in die Einheit nehmen lassen. Kurz vor seinem Tode betraute er Dr. Hermann Michel mit der Herausgabe; dieser lädt das Werk jetzt zum 100. Geburtstag des langjährigen Mitinhabers des Verlages bei F. A. Brodhäus erscheinen. Es stellt eine wichtige Ergänzung zu Bischingers „Bismarck und die Parlamentarier“ und zu der Sammlung der Gespräche Bismarcks in der Friedrichshuter Gesamtausgabe dar.

Parität und Konkordat

Von Professor Grebe,
Mitglied des Preußischen Landtags

I.

Die Verhandlungen über das Konkordat haben auf allen Seiten eine rührende Sorge um die Parität zwischen den beiden großen christlichen Konfessionen in die Ercheinung treten lassen. Abg. Dr. Winterfeldt erklärte für die Deutschnationale Volkspartei: „Dass dem gegenüber die evangelischen Kirchen für längere oder auch nur kurzere Zeit auf den jetzigen Rechtszustand und überhaupt auf eine geistliche, jederzeit ändertungsfähige Regelung angewiesen bleiben, ist vom Standpunkt der Parität, die wir hochhalten, schlechterdings untragbar.“ (Sitzung des Preuß. Landtags vom 1. 7. 29.) Ähnlich äußerte sich Abg. Stendel für die Deutsche Volkspartei: „Kein Konkordat wird für uns dadurch annehmbar, daß man nach bayrischem Vorbild der evangelischen Kirche das gibt, was man der katholischen Kirche auch gegeben hat. Aber unverrückbar fest halten wir daran, daß unserer evangelischen Kirche unter denselben Sicherungen, soweit das überhaupt möglich ist, dasselbe in der für sie passenden Form gegeben wird, was man der katholischen Kirche zu geben bereit ist.“ (Pr. L. 1. 7. 29.) Mit gleicher Entschiedenheit betont der Redner der Wirtschaftspartei, Abg. Heßermann, die Forderung der Parität: „Meine Fraktion sieht den Auskunftsverhandlungen entgegen und erwartet eine bestimmte Erklärung vor allem von der preußischen Staatsregierung, daß der Preußische Staat bereit ist, den evangelischen Landeskirchen auf der Grundlage völkerlicher Parität, die dem Weilen der Kirchen entsprechen muss, die gleiche vertragsmäßige Sicherstellung zu geben.“ (Pr. L. vom 1. 7. 29.) Der deutsch-hannoversche Abg. Preller erklärte: „Die Deutschhannoversche Partei hat sich im Interesse der kirchlichen Freiheit bei allen Konfordsverhandlungen für Staatsverträge mit den beiden christlichen Kirchen erklärt und Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit gefordert. Sie beharrt auf dieser Forderung und bedauert, daß die Staatsregierung und die Mehrheit des Parlaments einem Staatsvertrage mit der katholischen Kirche den Vorrang eingeräumt haben und damit offen der evangelischen Kirche Zurücksetzung widerfahren lassen.“ (Pr. L. am 9. 7. 29.) Auch die Deutsche Demokratische Partei legte Wert darauf, ihren Eifer für die Parität zu betonen: „Wir stellen allerdings außerdem noch die Bedingung, daß ohne Verzug auch die Vereinbarungen mit der evangelischen Kirche nicht bloß zugestellt werden, sondern, daß diese Vereinbarungen und ihr Zustandekommen der evangelischen Kirche gesichert werden.“ (Abg. Graue am 1. 7. 29.) Nur der Abg. Dr. Bohner wiederholte diese Versicherung am 5. 7. 29: „Wir stimmen dem Vertrage mit der Kurie nur unter der Bedingung zu, daß entsprechende Verträge mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen werden.“ Um die volle Parität noch scharfer herauszubehen, regte er an, „den evangelischen Verträgen später rückwirkende Kraft zu geben“. Die Einmütigkeit, mit der die Notwendigkeit völkerlicher Parität bei dieser Gelegenheit anerkannt wird, ist erfreulich. Wir haben sie früher, wenn es sich um Beschwerden der Katholiken handelte, häufig vernichtet. Auch hier entspringt die Erkenntnis nur der Beurteilung, die katholische Kirche könnte einen Vorteil erhalten. Wir hoffen aber, daß der allgemein anerkannte Grundsatz allmählich zu einer gleichmäßigen Praxis führen wird. Eine genaue Prüfung, ob in diesem Falle von einer Parität mit Recht geredet werden kann, ist deshalb freilich nicht überflüssig, denn dieser Punkt ist für die Beurteilung des Verhaltens der Parteien gegenüber dem Konkordat von entscheidender Bedeutung.

Das Zentrum hat gegen eine vertragliche Regelung des Verhältnisses der evangelischen Kirche zum Staat nichts einzubringen. Schon im Jahre 1925 hatte der Abg. Dr. Linnemann im Landtag erklärte: „Wenn die evangelische Kirche willigt, daß mit ihr gleichfalls Konfordsverhandlungen angeknüpft werden, so hat das Zentrum ganz sicher nichts dagegen, und es wird die parlamentarischen Verhandlungen darüber in jeder Weise fördern. Auf die Sache selber wird es im einzelnen nicht eingehen.“ Bei der Verhandlung über das Konfordsvertrag im Haftaustausch des preußischen Landtags am 3. 7. 29 brachte die Demokratische Partei durch den Abg. Graue folgende Entschließung ein: „Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzutreten über Verträge, die auf dem Gebiete der Religionsübung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlicher Rechte, der innerkirchlichen Gerechtigkeit und der Verwaltung, der Dotations und der Beziehung der lebenden Kirchen die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherstellen. Dabei ist weiter zu prüfen, ob die bisherigen Rechtsstufen hinreichlich der Be-

Der heutige Nummer liegt das „St. Bernhard“, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen, und die Kinderzeitung „Grethel“ bei.